

Vorschlag, einer etwa zehnpromzentigen *Stellenreduzierung* in den nächsten sieben bis acht Jahren, um auf diese Weise wenigstens begrenzten Handlungsspielraum zurückzugewinnen. Qualität soll im kirchlichen Dienst vor Quantität gehen; die Devise müsse lauten, „lieber weniger Stellen finanzieren zu können, aber mit guten Leuten eine qualifizierte Arbeit zu leisten.“ „Überzählige“ Kirchengebäude im Innenbereich der Städte, so ein weiterer Vorschlag, sollten aufgegeben oder in ihrer Nutzung umgewidmet werden. Plädiert wird auch für den „Mut zur Lücke“ angesichts eines immer engermaschigeren Netzes von Verordnungen, Vorschriften und gesetzlichen Reglementierungen in der Kirche und für deutliche Prioritätensetzungen in der Arbeit der kirchlichen Leitungsgremien.

Aus der Not eine Tugend gemacht?

Die Studie „Person und Institution“ der hessen-nassauischen „Perspektivkommission“ ist kein abgerundetes, verbindliches Programm für eine Reform

der Kirche, sondern soll als Grundlage für die Diskussion in Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen über den weiteren Weg dienen. Ein Teil der Vorschläge ist unmittelbar auf die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau mit ihrer spezifischen Struktur bezogen und deshalb nicht direkt auf andere Landeskirchen oder gar auf die katholische Kirche übertragbar. Der Text enthält aber auch Optionen und Postulate für das Handeln der Kirche in einer hochgradig differenzierten und individualisierten Gesellschaft mit schwacher Traditionsbindung, die über Hessen-Nassau und auch über die evangelische Kirche hinaus zumindest als Anregungen oder Diskussionsanstöße von Interesse sind.

Das gilt besonders für die Grundoption der Studie, keine der Formen, in denen sich Menschen heute am kirchlichen Leben beteiligen bzw. für Kirche interessieren, von einem Idealbild fester Kirchlichkeit und Glaubensverwurzelung aus abzuqualifizieren und die kirchlichen Strukturen und Arbeitsformen daraufhin zu überprüfen, ob sie der Lebenssituation unserer Zeitgenossen wirklich entsprechen oder einem

Zugang zu Glauben und Kirche eher im Wege stehen. Die Studie redet dabei nicht einfach einer Anpassung an die vorhandenen gesellschaftlich-religiösen Bedürfnisstrukturen das Wort, sondern möchte einen Weg der Kirche „zwischen Anpassung und Verweigerung“ suchen.

Es gibt aber auch Formulierungen in der Studie, bei denen man den Eindruck hat, hier werde sozusagen aus der Not des gegenwärtigen Pluralismus eine Tugend gemacht. Kann man – auch als evangelische Kirche – die „Pluralität unterschiedlich geprägter Verständnisse von christlichem Glauben und Kirche“ einfach als „Ausdruck des Reichtums und der Vielfalt“ in Entsprechung zur Mannigfaltigkeit der Lebenssituationen und der sich abzeichnenden kulturellen Ausdifferenzierung der Gesellschaft verstehen, ohne gleichzeitig nach unverzichtbaren Identitätsmerkmalen und konstitutiven Elementen für das Christsein zu fragen und sie – „opportune, importune“ – festzuschreiben? Das Plädoyer für die Volkskirche sollte in dieser Hinsicht nie zum Alibi für mangelndes Unterscheidungsvermögen werden. U. R.

Ayodhya und die Folgen

Indiens Muslime im Visier radikaler Hindus

Seit Wochen wird Indien, das nach China bevölkerungsreichste Land der Erde, von blutigen Unruhen mit religiösem Hintergrund erschüttert. Die Zerstörung der Moschee in Ayodhya durch fanatisierte Hindus hat den seit der Staatsgründung virulenten Konflikt zwischen Hindumehrheit und muslimischer Minderheit in Indien neu aufflammen lassen. Für viele Hindus sind die indischen Muslime ein Fremdkörper; sie wollen aus der „größten Demokratie der Welt“ einen hinduistisch geprägten Staat machen.

Die Auseinandersetzungen um die Ram-Janmabhoomi-Babri-Moschee in Ayodhya, etwa 700 km südöstlich von New Delhi, führen seit ihrer Zerstörung am 6. Dezember 1992 durch hinduistische Freiwilligengruppen zu einer heftigen Krise der indischen Innen- wie Außenpolitik. Zum Zeitpunkt der Zerstörung der Moschee hatten sich mehr als 200000 Hindus aus allen Teilen des Landes in Ayodhya, einer Stadt von 40000 Einwohnern, versammelt. Als einige Gruppen von Jugendli-

chen die Absperrungen überwunden hatten und mit Geräten wie Hacken, Schaufeln und Eisenstangen der Umzäunung angingen, die Moschee zu zerstören, griff die lokale Polizei nicht ein. Die paramilitärischen Verbände der Zentralregierung, die immerhin 13000 Mann stark in der Nachbarschaft stationiert waren, wurden von der Regierung des Bundesstaates Uttar Pradesh am Eingreifen gehindert. Die Opfer an Menschen, die mit dieser Maßnahme nach den offiziellen Er-

klärungen der Staatsregierung verhindert werden sollten, gab es dann mit über 1500 Toten im Laufe der folgenden Wochen bei Ausschreitungen im ganzen Land.

Innenpolitisch hat sich die Auseinandersetzung der Regierung von Ministerpräsident *Narasimha Rao* mit der Opposition, allen voran mit der hinduistischen Oppositionspartei „Bharatya Janata“ (BJP), ganz erheblich verschärft. Die BJP hat eine in der indischen Parteiengeschichte einmalig schnelle Entwicklung genommen, seit sie sich 1980 als unabhängige politische Formation von der Janata-Partei abspaltete. In einem Zeitraum von mehr als 10 Jahren ist es der BJP gelungen, sich als die Partei zu etablieren, die die *Belange der Hindus* kompromißlos vertritt. Sie erlebte ein spektakuläres Wachstum in dem kurzen Zeitraum von 1986–1991, in dem die BJP ihre Vertretung im Zentralparlament von New Delhi von zwei auf 86 bei den Wahlen 1989 und dann bei den letzten Wahlen 1991 auf 119 Abgeordnete steigern konnte. Damit ist die BJP zur zweitstärksten politischen Kraft des Landes geworden.

Hinzu kommt, daß die BJP in einigen Bundesstaaten im Norden Indiens die Regierung stellt. Ihr Vorsitzender, *Lal Krishna Advani*, hat in öffentlichen Erklärungen grundsätzlich die Respektierung auch der säkularen Elemente der Verfassung seitens der BJP betont, sich aber gegen eine Auslegung des Prinzips des Säkularismus gewandt, die er den „Minoritismus“ nennt. Advani versteht darunter die seiner Meinung nach „übertriebene Achtung“ vor den nichthinduistischen Minderheiten auf Kosten der Mehrheit der Hindus. Erklärtes Ziel der BJP ist es, als Einzelpartei die Stimmenmehrheit im ganzen Land zu gewinnen.

Das Verhältnis der Regierung zu den radikalen hinduistischen Gruppen

Ideologisch ist die BJP eng mit der radikalen Hindu-Bewegung der „Rashtriya Svak Sangh“ (RSS) verbunden und macht daraus auch keinen Hehl. So äußerte BJP-Vorsitzender Advani einmal: „Die BJP ist nur deswegen eine gute Partei, weil sie sich der RSS verbunden weiß.“ Als politische Partei versucht die BJP, die schrillen Töne der RSS zu vermeiden, ohne sich deshalb inhaltlich von den Zielen dieser Bewegung zu unterscheiden, die Indien zu einem hinduistischen Staat machen möchte, in dem die Minderheiten nur in dem Maß, als sie „Indien und seine Kultur“ – d.h. das „hinduistische Erbe“ – anzuerkennen bereit sind, ein Lebensrecht besitzen sollen (vgl. *A. G. Noorani*, *History of the BJP*, in: *Südasiens*, 4/9). Advani hat zu Beginn seiner politischen Laufbahn noch davon gesprochen, daß es die indische Kultur nur als eine Mischung aus verschiedenen religiösen und kulturellen Elementen geben könne. Inzwischen sind er und die BJP davon abgerückt, wenn sie erklären, daß die indische Kultur in ihrem Wesen hinduistisch sei und wieder der ursprünglichen Reinheit zugeführt werden müsse. Das Gerede von einer pluralistischen Kultur diene nur dazu, eine gestaltlose Mischkultur zu

schaffen, die dem eigentlichen hinduistischen Kern der indischen Kultur abträglich sei.

Die Regierung Rao hat als Antwort auf die Ausschreitungen in Ayodhya die Regierungen dreier Bundesstaaten – Rajasthan, Himachal Pradesh und Madhya Pradesh – abgesetzt, die von der BJP gestellt wurden, weil sie die Kampagne radikaler Hindu-Organisationen für den Bau eines Tempels an der Stelle der Moschee unterstützt hätten. Die BJP bezeichnete die Absetzung der drei von ihr gestellten Regierungen als „Kriegserklärung gegen die Demokratie“. Lal Kishanchand Advani trat von seinem Posten als Oppositionsführer im Parlament zurück, konnte mit diesem Schritt aber nicht verhindern, daß die Regierung ihn und andere führende Politiker der BJP wegen ihrer Beteiligung an den Ausschreitungen in Ayodhya verhaften ließ. Mitte Januar wurden sie wieder freigelassen.

Das Vorgehen der radikalen Hindus in Ayodhya gegen die Babri-Moschee konnte für die Regierung Rao eigentlich nicht überraschend gekommen sein, da dieser Schritt mit genauer Datumsangabe schon länger angekündigt worden war. Im Vorfeld hatte die Regierung eine Versammlung des Nationalen Integrations-Rates (National Integration Council), der aus 150 Mitgliedern besteht und in dem Angehörige der verschiedenen Religionen und Parteien vertreten sind, für den 23. November 1992 einberufen. Der Rat befürwortete strenge Maßnahmen gegen die Forderungen der Hindus und forderte den Ministerpräsidenten auf, „mit allen Mitteln“ eine Zerstörung der Moschee in Ayodhya zu verhindern.

Die Regierung reagierte dann erst am 10. Dezember 1992 nach der Zerstörung der Moschee in Ayodhya verspätet mit einem Verbot verschiedener religiöser radikaler Organisationen wie der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), der Vishwa Hindu Parishad (VHP) und Bajrang Dal (BD), alles hinduistische Gruppen, sowie zweier muslimischer Organisationen, Islamic Svak Sangh (ISS) und Jamaat-e-Islami, denen allen für zwei Jahre jede politische und öffentliche Tätigkeit untersagt wurde. Politische Beobachter warfen der Regierung daraufhin vor, mit dieser Maßnahme zu spät gekommen zu sein, da die Entwicklung längst so weit gediehen sei, daß diese Maßnahmen nur noch mehr Hindus und Muslime für die Sache der Radikalen mobilisieren werde.

Die Forderungen der Hindus, die politisch von der Bharatiya-Janata-Partei und der mit ihr verbündeten Vishwa Hindu Parishad (VHP = Weltkongreß der Hindus) vertreten werden, gehen dahin, die während der Mogulzeit im 16. Jahrhundert durch den muslimischen Herrscher Babar auf der Geburtsstätte des von den Hindus verehrten Gottes Rama erbaute Moschee abzureißen und an ihrer Stelle wieder einen Hindu-Tempel zu Ehren Ramas zu errichten. Vorkämpfer dieser Forderungen ist die VHP, die seit 1984 im ganzen Land die Agitation für die Wiederherstellung des Tempels am Geburtsort von Rama in Ayodhya zu ihrem Programm gemacht hat. Seit 1989 läßt die VHP im ganzen Land Ziegelsteine mit der Aufschrift „Shri Ram“ (Herr Rama) brennen, die in Prozessionen nach Ayodhya gebracht werden.

Die VHP beschränkt ihre Kampagne nicht allein auf Ayodhya, sondern schließt auch die Geburtsorte von Krishna in Mathura und von Vishvanath in Varanasi ein, wo ebenfalls während der Mogulzeit auf den Grundfesten ehemals hinduistischer Tempel Moscheen errichtet worden sein sollen. In Goa, der ehemaligen portugiesischen Kolonie, hat sich 1991 eine hinduistische Gruppe gemeldet, die im Zusammenhang mit der Ayodhya-Bewegung die Forderung erhob, Kirchen in Goa daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie auf den Fundamenten ehemaliger hinduistischer Tempel gebaut worden seien, und sie im positiven Fall zu zerstören, um an ihrer Stelle wieder hinduistische Heiligtümer zu errichten (vgl. *Asia Focus*, 19.6.91, S. 1 u. 6).

Das Insistieren der radikalen Hindus auf den Platz der Babri Moschee als dem historischen Ort, an dem der Gott Rama als siebte Inkarnation des Gottes Vishnu geboren sein soll, widerspricht eigentlich der hinduistischen Geisteshaltung, die weniger an der Geschichte als an Mythen interessiert ist. Im Ramayana, dem großen altindischen Epos von Rama, das dem legendären Dichter Valmiki zugeschrieben wird und im 2. Jahrhundert n. Chr. abgeschlossen wurde, wird Ayodhya als die Geburtsstätte Ramas genannt. Ayodhya wird dort als eine strahlende Stadt beschrieben, in der es „keine Geizhalse oder Betrüger, keine Gemeinen, Stolzen, Unbesonnenen, Unwürdigen oder Gottlosen“ gab und wo die „Männer und Frauen gerecht lebten und voller Selbstbeherrschung“ waren (Ramayana, Diederichs Verlag, Köln 1981, S. 16). Die gewalttätigen Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit passen weder zu dieser Beschreibung Ayodhyas noch zur Gestalt des Gottes Rama, der als Tröster und Lichtgestalt für Versöhnung und Verständigung steht. Den radikalen hinduistischen Gruppierungen geht es denn auch weniger um die Bewahrung des genuinen Erbes des Gottes Rama, sondern ganz einseitig um die *Erreichung ihrer politischen Ziele*. Dafür wird die hinduistische Überlieferung manipuliert und für die politische Propaganda aufbereitet.

Der geschichtliche Hintergrund der aktuellen Spannungen

Ayodhya, die Babri-Moschee und die Kampagne für den Wiederaufbau des Rama-Tempels sind zu Symbolen geworden, die die tieferliegenden Spannungen zwischen der Hindu-Mehrheit und den Muslimen in Indien beleuchten. Nach dem Zusammenbruch des Mogul-Reiches und der darauf folgenden britischen Kolonialherrschaft hatten die Hindus an Selbstbewußtsein gewonnen, und in der Bewegung des Neo-Hinduismus waren reformerische Kräfte aktiv geworden. Die Hindus lehnen die Muslime entweder als Nachkommen fremder Eroberer ab oder halten den vielen aus dem Hinduismus zum Islam Konvertierten vor, nur wegen ihrer Zugehörigkeit zu den unteren Kasten bzw. wegen ihres Status als Kastenlose zum Islam gewechselt zu haben. Das Trauma der Teilung des

indischen Subkontinents zum Zeitpunkt der Gewinnung der politischen Unabhängigkeit im August 1947 hat die Politik sowohl in Indien als auch in Pakistan immer belastet. Die Entstehung Pakistans als „Heimstatt der Muslime“ hatte zur Folge, daß die Mehrzahl der indischen Muslime aus der neu entstandenen Indischen Union auswanderten und die auf dem Territorium Pakistans ansässigen Hindus den umgekehrten Weg gingen.

Trotz der riesigen Völkerwanderung bzw. Vertreibung dieser Periode, die durch fürchterliche Gewalttaten auf beiden Seiten hohe Verluste an Menschenleben forderte, verblieben in der Indischen Union doch noch zahlreiche Muslime, die gegenwärtig mit einem Anteil von zwölf Prozent an der Bevölkerung bzw. ca. 100 Millionen Anhängern eine erhebliche Minderheit in der indischen Bevölkerung darstellen. Nach Indonesien, Bangladesch und Pakistan ist Indien das Land mit der viertgrößten Zahl von Muslimen in der Welt. Für die Gründerväter Indiens, *Jawaharlal Nehru* und *Mahatma Gandhi*, war der neue indische Staat den Grundsätzen einer „säkularen“ Staatsverfassung verpflichtet – ein Erbe, das sich als erstaunlich langlebig und in den Anfangsjahren auch als effektiv erwiesen hat. Eine strikte Trennung von Religion und Politik sollte nach dem Willen der Gründerväter der Indischen Union die oberste Regel für die religiös pluralistische Bevölkerung Indiens sein.

Dieses säkulare Prinzip hat bisher das Zusammenleben der verschiedenen Religionsgemeinschaften unter dem Dach einer gemeinsamen indischen Nation und des demokratischen Staates trotz mancher Spannungen im wesentlichen sicherstellen können. Doch der Traum der radikalen Hindus, aus Indien einen rein hinduistischen Staat zu machen – ein „Hindu Rashthra“ zu schaffen –, blieb lebendig. Die Bewegung RSS und ihr politischer Arm BJP haben in den letzten Jahren mächtig an Einfluß gewonnen. Die radikalen Hindus sehen sich in einer historischen Verpflichtung, das Unrecht der muslimischen Invasion Indiens mit der nachfolgenden Mogul-Herrschaft (16.–19. Jh.) rückgängig zu machen.

Die in Indien nach der Teilung zurückgebliebenen Muslime wurden von den Hindus immer als Bürger angesehen, deren Loyalität zum indischen Staat man sich wegen ihrer Verbundenheit mit den Muslimen in Pakistan und später auch in Bangladesch nie ganz sicher sein konnte. Die Muslime selber hatten es als „ehemalige herrschende Elite“, die in den politischen Entwicklungen der Teilung ihrer besten Kräfte beraubt wurde, schwer, sich in dem neuen Staat eine eigene Stellung zu sichern. Während die unteren Kasten und die kastenlosen Hindus besondere Quoten erhielten, um Posten in Staat und Militär besetzen zu können, waren die Muslime auf sich selber angewiesen. In der staatlichen Verwaltung und den Streitkräften sind die Muslime daher nur sehr schwach vertreten. Ihr Ausbildungsstand kann mit dem der Hindu-Mehrheit nicht Schritt halten. Die Muslime, die angefangen hatten, sich in der demokratischen Struktur Indiens einigermaßen „zu Hause“ zu fühlen, erfahren sich seit dem Aufbrechen der fundamenta-

listisch-radikalen Hindubewegungen zunehmend als gefährdet und verunsichert.

Die RSS wurde schon 1925 von *Kesha Baliram Hedgewar* (1889–1940) gegründet, der sich von der indischen Kongreßpartei wegen der Politik der Gewaltlosigkeit Mahatma Gandhis abwandte und eine Organisation schuf, die sich für den Erhalt hinduistischer Kultur und Gedankenguts einsetzte. Die straffe Organisation, die gezielte Führerschulung und die militante Überzeugung haben aus der RSS, die gegenwärtig über drei Millionen Mitglieder zählt, eine schlagkräftige politische Kraft werden lassen. Die verschiedenen Ortsgruppen verpflichten neue Mitglieder mit einem feierlichen Eid, auf Lebenszeit der RSS anzugehören und mit Leib und Seele sowie mit ihrem Geld die Ziele der RSS zum Wohle der Hindus und des ganzen Landes zu verfolgen.

Auch wenn die RSS selber nicht als politische Partei antritt, so spielen ihre Mitglieder und ihr Gedankengut bei den sog. „hinduistischen Parteien“ wie der BJP und VHP eine bestimmende Rolle. Zentraler Punkt der Ideologie der RSS ist, daß jeder autochthone Inder gleichsam von Geburt ein Hindu ist. Religiösen Minderheiten, ganz besonders dem Islam und dem Christentum, wird das Indischsein radikal abgesprochen; sie werden zu den ausländischen fremden Kräften gezählt, die in Indien nie Heimatrecht werden beanspruchen können. Mitglieder der RSS befinden sich in der vordersten Front derer, die „Anti-Konversions-Gesetze“ in verschiedenen Bundesstaaten durchgesetzt haben oder sich um deren Durchsetzung bemühen.

Neben der BJP spielt die Vishwa Hindu Parishad (VHP), die 1964 gegründet wurde, eine große Rolle. Ihr Gedankengut weist viele Ähnlichkeiten mit den Grundideen der RSS auf. Die VHP fühlt sich ebenfalls dem Ideal eines rein hinduistischen Indiens verpflichtet. Dies zeigt sich in der romantisch verklärten Verehrung von „Bharat Mata“ (Mutter Indien) und anderen Praktiken, wie z.B. dem Gebrauch von Wasser aus dem heiligen Fluß Ganges, das auf vielen Kampagnen für die politischen Zwecke der VHP eingesetzt wird. Vertreter der VHP treten zwar manchmal im Ausland auf Dialogtreffen mit den Angehörigen anderer Religionen für Verständigung und interreligiöse Zusammenarbeit ein, im eigenen Land sind sie jedoch die Vorkämpfer gegen den Einfluß anderer Religionen, wie z.B. des Christentums und des Islams, die ihrer Meinung nach nicht nach Indien gehören und dort nicht vertreten sein sollten.

Kommunalismus – die Krankheit Indiens

Indien krankt am „Kommunalismus“, d.h. dem Mißbrauch von religiöser und völkischer Zugehörigkeit für einseitige politische und ideologische Ziele. Oder wie es *C. W. Smith* schon 1943 definierte: „Kommunalismus ist eine Ideologie, die die Anhänger einer Religionsgemeinschaft nicht nur als eine

ethisch dogmatische, sondern zusätzlich als eine soziale, politische, ökonomische und kulturelle Einheit betrachtet und die entsprechenden Unterschiede und Antagonismen zu anderen Gruppen auf religiöser Basis hervorhebt“ (*C. W. Smith, Modern Islam in India, Lahore 1943, S. 163*). Gruppeninteressen werden den Zielen des Gesamtstaates so vorgeordnet, daß die staatliche Einheit und die Zugehörigkeit religiös und weltanschaulich unterschiedlicher Gruppen zu ein und demselben Gemeinwesen grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Die Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Hindus fallen wegen der Zahl der Beteiligten am meisten ins Auge. Es ist aber nicht zu übersehen, daß die Sikhs in ihrem Kampf um eine Neuordnung des Punjab ebenfalls einen erheblichen Anteil an den kommunalistischen Streitigkeiten in Indien haben. Alle religiösen Gruppen übergreift der Kampf der „Dalit“ – wörtlich: „die Gebrochenen“ –, der großen Gruppe der Kastenlosen bzw. der den unteren Kasten angehörigen indischen Volksgruppen um Berücksichtigung ihrer politischen und gesellschaftlichen Rechte.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Hindus und Muslimen in Indien haben ihre besondere Qualität durch den Umstand, daß sie nicht ein rein innerindisches Problem darstellen, sondern zugleich auch von außergewöhnlicher Brisanz für die *Außenpolitik* und das Verhältnis zu den Nachbarstaaten Pakistan und Bangladesch sind. Es ist bezeichnend, daß die Verschärfung der Auseinandersetzungen in Ayodhya mit der Zerstörung der Babri-Moschee sofort zu Repressalien der Muslime in Pakistan und Bangladesch gegenüber der jeweiligen Hindu-Minderheit führten. Auch internationale muslimische Organisationen wie das Organ für die Kooperation der islamischen Staaten, die Organization of Islamic Conference (OIC) haben offiziell bei der indischen Regierung gegen die Zerstörung der Babri-Moschee protestiert. Aus Pakistan wird auch berichtet, daß christliche Kirchen im gleichen Zusammenhang das Ziel muslimischer Angriffe wurden.

Die Rolle der christlichen Kirchen

In der Auseinandersetzung zwischen Hindus und Muslimen in Indien sind die christlichen Gruppen die besorgten Beobachter, die in der Behandlung der Muslime als der größten religiösen Minderheit des Landes Auswirkungen auf ihre eigene Situation als Minderheit in einem zunehmend von kommunalistischen Auseinandersetzungen geprägten Indien sehen. Der Vorsitzende der Indischen katholischen Bischofskonferenz, Erzbischof *Alphonsus Mathias* von Bangalore, bezeichnete die Ausschreitungen als eine Gefahr für die Politik des Säkularismus in Indien. Andere christliche Führer wiesen darauf hin, daß den militanten Hindus unbedingt Widerstand entgegengesetzt werden müsse, um weitere Ungerechtigkeiten gegen andere religiöse Minderheiten zu verhindern. Die zerstörte Moschee müsse so schnell wie möglich repariert bzw. neu errichtet werden. Christliche Gruppen in New Delhi riefen zu

einem Fasttag am 13. Dezember 1992 auf, um für die Wiederherstellung des religiösen Friedens und Versöhnung im Lande zu beten (vgl. Asia Focus, 18.12.92, S. 8).

Es gibt bisher *wenig Zusammenarbeit zwischen christlichen und islamischen Gruppen*, obwohl ein Zusammengehen der Minderheiten angesichts der zunehmenden hinduistischen Radikalisierung eigentlich naheliegen müßte. Seit 1984 besteht zwar eine „Islamic Study Association“ (ISA). Hervorgegangen aus einer Initiative der indischen Jesuiten, leidet ISA aber an einem Mangel an qualifizierten Fachleuten, die das wichtige Anliegen des christlich-islamischen Dialogs auf den Gebieten der theologischen Ausbildung, der Fortbildung der Priester und bis hinunter auf die Pfarrebene kompetent vertreten könnten.

Der Hauptursache der gegenwärtigen Spannungen, der Diskriminierung der unteren Kasten und der Dalit, steht allerdings die katholische Kirche in ihren eigenen Reihen *eher hilflos gegenüber*. Die Spannungen innerhalb der katholischen Kirche haben sich in den letzten Jahren verschärft, weil die Dalit, die in der katholischen Kirche Indiens fast 50 Prozent

ausmachen, immer deutlicher ihre Rechte einklagen und nicht länger gewillt sind, die auch in der Kirche bestehende Diskriminierung hinzunehmen. Der Widerstand gegen nach Kasten aufgeteilte Friedhöfe, Sonderplätze in den Kirchen und mangelnde Beteiligung der Dalit an kirchlichen Führungsämtern wird immer stärker. Für das Eintreten der Kirche für die Einhaltung der Menschenrechte nach außen sind das nicht gerade günstige Ausgangspositionen.

Christliche Dalit-Gruppen hatten eigentlich eine größere Demonstration mit Sitzstreik in New Delhi für den 7. Dezember 1992 geplant. Diese Protestveranstaltung sollte die Parlamentarier bewegen, den christlichen Dalit die gleichen Rechte einzuräumen, wie sie die Verfassung den übrigen unteren Kasten bzw. den Kastenlosen zusichert. Wegen der nationalen Spannungen im Gefolge der Ayodhya-Ereignisse wurde diese Veranstaltung von der Regierung kurzfristig verboten. Das veranstaltende „Gesamtindische Christliche Forum“ (All India Christian People's Forum) verurteilte die Zerstörung der Babri-Moschee als einen Anschlag auf das demokratische und säkularistische Fundament des indischen Staates.

Georg Evers

Die Kirche möchte Brücken bauen

Perspektiven nach der Trennung der ČSFR

Seit dem 1. Januar gibt es in Mitteleuropa zwei neue Staaten: Auf friedlichem Weg, wenn auch ohne große Begeisterung, sind an die Stelle der nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Tschechoslowakei die Tschechische und die Slowakische Republik als souveräne Staaten getreten. Die Trennung bedeutet auch eine Zäsur für die katholische Kirche. Sie ist in beiden Teilen der bisherigen Tschechoslowakei Mehrheitskonfession, hat sich aber jeweils unterschiedlich entwickelt. Nach dem Willen der Bischöfe soll es auch weiterhin ein möglichst hohes Maß an Zusammenarbeit zwischen der katholischen Kirche in den beiden neuen Staaten geben, wobei sich die Dinge im einzelnen erst einspielen müssen.

Die mit Jahresbeginn erfolgte Teilung der ČSFR hat unvermeidlicherweise auch auf die Kirche in den beiden neuen Staaten erhebliche Auswirkungen. Dennoch sind diese mit Sicherheit geringer als die Konsequenzen im staatlichen Bereich. Der Schwerpunkt der Organisationsstruktur der Kirche liegt bekanntlich in den Diözesen, die als Teilkirchen immer ein hohes Maß an Selbständigkeit haben. Nationale Strukturen bis hin zur Bischofskonferenz treten dagegen in den Hintergrund. Im konkreten Fall kommt noch dazu, daß die kirchliche Entwicklung im tschechischen und im slowakischen Landesteil sehr unterschiedlich verlief. Auch die pastorale Situation unterscheidet sich deutlich diesseits und jenseits der neuen Grenze. Schon bisher waren daher die Gemeinsamkeiten im kirchlichen Leben zwischen Böhmen und Mähren einerseits und der Slowakei andererseits weit weniger stark aus-

geprägt als das in anderen Ländern üblicherweise der Fall ist. Die staatliche Trennung bedeutet daher für die Kirche *keine dramatische Zäsur*.

Erklärtes Anliegen der Bischöfe in beiden neuen Staaten ist es, auch nach der nun erfolgten Trennung die Verbindung zwischen der tschechischen und der slowakischen Nation nicht nur nicht abreißen zu lassen, sondern sie auf einer neuen Basis weiterzuentwickeln und, wo immer dies möglich ist, zu vertiefen. Erklärter Wunsch der Bischöfe war es, daß die Aufspaltung der ČSFR „bedachtsam und ohne Provokationen“, vor allem aber geordnet und friedlich erfolgen sollte. Dieser Wunsch – in einer im vergangenen Oktober veröffentlichten gemeinsamen Stellungnahme bekundet – ging im wesentlichen in Erfüllung. In ihrer Erklärung hatten die Bischöfe festgestellt, sie wollten sich nicht zur „politischen Seite der Ent-